PRESSEINFORMATION

CDU FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
6. Plenarsitzung, Dienstag, 31. August 2021

Rede von Christian Baldauf zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Malu Dreyer

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

31.08.2021

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir stehen in Rheinland-Pfalz vor einer Herausforderung wie seit der Nachkriegszeit nicht mehr.

Es geht darum, aus Trümmern eine gute Zukunft zu bauen. Neue Dörfer, Straßen – in denen Menschen sich wieder zuhause fühlen und Heimat leben können. Es geht darum, inmitten von Trümmern neue Sicherheiten und neue Zuversicht wachsen zu lassen. Dabei reden wir über Jahre, über Milliarden und darüber, welcher Wiederaufbau es eigentlich sein soll, um künftige Schäden abzuwenden.

Es war eine apokalyptische Nacht – vom 14. auf den 15. Juli, als die Heimat tausender Menschen unterging. Nur wenige Stunden reichten aus, um furchtbares Leid über viele Familien zu bringen, an der Ahr, in der Eifel, an der Mosel. Mindestens 134 Menschen verloren ihr Leben, in einigen Fällen vor den Augen verzweifelter Angehöriger und Nachbarn.

Hunderte wurden verletzt und haben noch lange an den Folgen zu tragen. Viele sind traumatisiert, werden immer wieder von den schrecklichen Erinnerungen an die Flutnacht eingeholt. Was wir vor Ort sahen, hörten, was wir über Einzelschicksale erfahren haben – bewegt uns zutiefst.

Die junge Familie, die sich aufs Dach flüchtete und davontrieb. Kinder, angeschnallt, ertrunken im Auto. Die Opfer in der Sinziger Lebenshilfe. Auch für langgediente Rettungskräfte gehörte ihr Einsatz in diesen Tagen zum heftigsten, was sie je erlebten. „Wie im Krieg," berichteten Feuerwehrleute. Und: „Wir sind nach einem Stück Brot gefragt worden". An dieser Stelle möchte ich auch seitens der CDU-Fraktion nochmals unseren großen Dank für die beeindruckende Solidarität in den Flutgebieten, tagtäglich vor Ort, zum Ausdruck bringen.

Dank an unsere Brand- und Katastrophendienste, wie die Feuerwehren, THW oder DLRG, der weißen Schiene, dem DRK, den Maltesern, den Johannitern, dem ASB, der Bundeswehr mit unseren vielen Soldatinnen und Soldaten – um nur einige zu nennen.

Dank all den vielen tausenden Helferinnen und Helfern, die ins Ahrtal eilten, um die Ärmel hochzukrempeln und bis zur Erschöpfung ihre Zeit, ihre Ressourcen, ihr Eigentum einzusetzen.

Dank unseren Landwirten, Winzern und unzähligen Lohnunternehmern, Handwerkern, die bis in die Nacht schufteten, mit schweren Geräten Straßen räumten, Keller leerpumpten oder einfach nur Lebensmittel vorbeibrachten.

Dank den vielen Seelsorgern und psychologischen Diensten, für ihren Beistand, für Worte des Trostes. Ihnen allen gilt unsere Anerkennung! Sie haben Hoffnung gegeben und Mut gemacht.

Was gemeinsam mit Anwohnern auf die Beine gestellt wurde, war großartig. Und dazu ein millionenfacher Spendenfluss, sogar Kinder haben ihr Taschengeld gegeben. So viel Hilfe, so viel Gemeinsinn, so viel Solidarität.

Anrede,

die Flutkatastrophe hat deutlich gemacht, was es bedeutet, wenn eine Gesellschaft in der Not zusammensteht. Und darauf dürfen wir stolz sein.

Anrede,

wie konnte in Deutschland, in unserem modernen, hochtechnisierten Industrieland, im Jahre 2021, so etwas passieren? Viele Fragen drängen sich auf. Und die wichtigste von allen lautet: Wäre es möglich gewesen, mehr Leben zu retten? Diese Frage muss jeden politisch Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz umtreiben. Das sind wir den Menschen im Ahrtal schuldig. Die Angehörigen der Toten und Vermissten, die Menschen in der Region, die ihre Heimat verloren haben – sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, weshalb alles so gekommen ist.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Herr Minister Lewentz, Frau Ministerin Spiegel,

Sie hatten dafür überraschend schnell Erklärungen parat. Innenminister Lewentz, der nach einem kurzen Besuch und Fototermin den Einsatzstab in Ahrweiler verließ, sprach von einer „nicht vorhersehbaren Momentexplosion“ des Wassers. Die Ministerpräsidentin erklärte, das Ausmaß der Flut sei schlicht nicht absehbar gewesen. Das Land verfüge über ein ausgeklügeltes Hochwassersystem. Und Anne Spiegel meinte, die beste Hochwasservorsorge hätte uns nicht helfen können. Machen Sie es sich mit diesen Erklärungen nicht zu einfach? War das wirklich nur ein bloßer Schicksalsschlag? Oder doch eine Katastrophe mit Ansage?

Stimmt es, dass wir einen ausgeklügelten Katastrophen- und Bevölkerungsschutz haben? Von Feuerwehrleuten und Rettungskräften höre ich anderes. Und überall haben Einwohner das Gleiche berichtet: Sie erhielten keine echte, konkrete Warnung vor dem, was kommen könnte.

Frau Ministerin Spiegel,

noch um 16 Uhr 53, am 14. Juli, also unmittelbar vor Einbruch der Katastrophennacht – haben Sie – (diese Zeitangabe stammt vom SWR) – noch eine Pressemeldung herausgegeben: Überschrift: „Klimaschutzministerium informiert über Hochwasserlage.“ Darin erklären Sie wortwörtlich – nur wenige Minuten bevor die Ortschaft Schuld in Fluten versank – ich zitiere: „Wir nehmen die Lage ernst, auch wenn kein Extremhochwasser droht.“

Anrede,

was für eine fatale, was für eine folgenschwere Verkennung der Lage!

Hat die Landesregierung in der Stunde der Not ihr Bestes gegeben? Oder im Sturm die Brücke verlassen? Wie konnte es geschehen, dass Meldeketten nicht funktionierten, Warnmeldungen buchstäblich ins Leere gelaufen sind?

Schon jetzt zeichnet sich ab: In der Flutnacht gab es viele Verantwortlichkeiten, an vielen Stellen. Aber letztendlich liegt die Verantwortung dafür, dass der Bevölkerungsschutz im Ernstfall funktioniert, per Gesetz beim Land.

Hier liegt die Verantwortung für „die Pflicht, zum rechtzeitigen Handeln“ – wie es die Süddeutsche Zeitung formulierte. (SZ, 14. August) Aber es wurde nicht rechtzeitig gehandelt. Vielmehr kam es zu einem tödlichen Verzug, zu einem tödlichen Unterlassen. Und deshalb ist es richtig, dass die Staatsanwaltschaft Koblenz mit Ermittlungen begonnen hat.

Bürgerinnen und Bürger, Rettungskräfte, Ehrenamtliche, Kommunal- und Landespolitiker, Medien, Nachrichtenredaktionen, müssen wissen, welche Informationen im Vorfeld des Geschehens vorhanden oder nicht vorhanden waren, welche Handlungen, Maßnahmen Warnungen daraus abgeleitet wurden – oder auch nicht. Auf der Ebene der Landesregierung, ihrer nachgeordneten Behörden als auch bei allen sonstigen öffentlichen Stellen.

Der CDU-Fraktion reichen die Erklärungsmodelle ihrer Regierung, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, nicht aus.

Anrede,

die Flut und ihre entsetzlichen Folgen können wir nicht ungeschehen machen. Aber es ist unsere Pflicht, alles in unserer Macht Stehende dafür zu tun, dass sich eine solche Tragödie und der Tod so vieler Menschen, in Rheinland-Pfalz, in Deutschland, nicht wiederholt. Am Wochenende sagte ein Mann aus Altenburg, Achim Casper (Deutschen Presseagentur): „Ich war noch um 19 Uhr bei der Oma, wenn sie rechtzeitig evakuiert hätten, würde sie noch leben."

Anrede,

niemand darf mehr im Schlaf sterben, nur weil ihn eine Warnung nicht rechtzeitig erreicht.

Und deshalb, für die Großmutter von Achim Casper, und für alle anderen, die umgekommen oder zu Schaden gekommen sind – brauchen wir den parlamentarischen Untersuchungsausschuss, den unbedingten Willen des Landtags, die tragischen Ereignisse ehrlich aufzuarbeiten! Ja, natürlich müssen wir unsere ganze Kraft und Energie auf die Hilfe für die Menschen vor Ort lenken. Aber der Blick nach vorne braucht den Blick zurück, um daraus für die Zukunft zu lernen. Um uns besser auf Krisen vorzubereiten.

Deshalb begrüße ich es, dass wir doch noch Einigkeit über die Einsetzung der Enquete erzielen konnten. Gemeinsam mit dem Untersuchungsausschuss wird dieses Vorgehen gute Grundlagen legen. Denn wir müssen alles dafür tun, dass unsere Bürgerinnen und Bürger besser und rechtzeitig gewarnt werden. Wir müssen alles dafür tun, dass Warnungen auch als solche erkannt und umgesetzt werden!

Anrede,

die Bundesregierung hat mit 30 Milliarden Euro für den Wiederaufbaufonds ein klares Signal für die Menschen vor Ort gesetzt, mit den steuerlichen Erleichterungen für den Hilfeeinsatz für die Bauern und Lohnunternehmer erste Weichen gestellt.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, setzen auch Sie ein klares Zeichen, und bringen Sie schnell die rheinland-pfälzischen Hilfen flankierend auf den Weg. Einfach, unbürokratisch und unmittelbar – für die Betroffenen und ihre Helfer!

Meine Damen und Herren,

unterwegs im Ahrtal habe ich mit vielen Menschen gesprochen. Unter anderem mit Markus Wipperfürth, einem Lohnunternehmer aus Elsdorf, der seit Tag 1 anpackt, wo er nur kann und auf die Situation der Lohnunternehmer, Bauern und Winzer, der vielen Helferinnen und Helfer aufmerksam macht. Darüber ist er ein Stück weit Sprachrohr derer geworden, denen wir so viel zu verdanken haben. Die, die nicht lange gefragt, sondern die Ärmel hochkrempeln und unbürokratisch helfen. Das sollte der Landesregierung ein Vorbild sein, denn hier kann von unbürokratischer Hilfe für die Helferinnen und Helfer nicht die Rede sein.

- Viele sitzen immer noch auf ihren Kosten.
- Es hakt bei der Verpflegung.
- Es hakt bei der Kommunikation der ADD, die Arbeit des Krisenstabs: Holprig.
- Hilfsorganisationen beschreiben die Einsatzleitung als unkoordiniert und schleppend.

Oder wie es ein Bürgermeister formulierte: „Man wird schon irgendwie allein gelassen.“
(27.08, Rheinzeitung)

Anrede,

was für ein Bild gibt die öffentliche Hand ab, wenn wir diejenigen, die dort vor Ort seit dem ersten Tag helfen, im Regen stehen lassen? Und was für ein Bild haben Sie, Frau Ministerpräsidentin abgegeben, als Betroffene bei ihrem Besuch vor Ort, an Sie kritisch appellierten, nachzusehen in Spiegel TV.

Ein Mann formulierte, an Sie gewandt: „Ich kann Ihnen nur sagen, die Wut wird jeden Tag größer. Und da besteht die Gefahr, die Menschen zu verlieren.“ Sie haben diesem Mann den Dialog verwehrt. Ihre unmittelbare Antwort: „Ich fühle mich sehr unfrei, weil jedes Wort mitgeschnitten wird... Ich habe auch gar keine Lust, hier jetzt ganz offen und ehrlich alles mit Ihnen zu besprechen. Weil meine Besuche einfach anders gestrickt sind. Normalerweise so, dass ich mit Ihnen ganz privat rede – und danach können wir sehr gerne jedem O-Ton-Wunsch gerecht werden…aber ich glaube nicht, dass es für uns wirklich ein Vorteil ist, dass wir presseöffentlich alles machen.“

Kommentar Spiegel-TV:
„Eine Ministerpräsidentin, die inmitten der Katastrophe ihr eigenes Image über das Leid der Betroffenen stellt.“

Anrede,

es ging hier nicht um einen O-Ton-Wunsch eines Journalisten, es ging um eine ruhig vorgetragene Kritik eines Anwohners bei einem öffentlichen Termin mit Medienbegleitung. Und die Ministerpräsidentin fühlt sich just in dem Moment „unfrei“ als das gewünschte Bild, dass von diesem Besuch für die Öffentlichkeit produziert werden soll, zu verrutschen droht – nur weil ein Betroffener ehrliche Worte der Kritik findet.

Frau Ministerpräsidentin,

Sie stellen ihr eigenes Drehbuch über die Freiheit der Berichterstattung und die dringend notwendige, ehrliche Analyse. Ich finde: Ein solches Verhalten ist respektlos gegenüber den Anwohnern und gegenüber Medien.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, wenn Sie sich ehrlich mit Helferinnen und Helfern vor Ort unterhalten, dann wird ihnen klar:

- Es interessiert die Menschen nicht, wie ihre Besuche gestrickt sind.
- Es interessiert die Menschen nicht, welche Ebene für was zuständig ist.
- Oder von welcher Partei jemand kommt.

Es interessiert die Menschen,

- dass endlich Gelder fließen,
- dass Helferinnen und Helfer endlich nicht mehr auf ihren Kosten sitzen bleiben,
- dass es endlich klare Strukturen und einen klaren Plan gibt.

Frau Ministerpräsidentin, sorgen Sie für Planungssicherheit! Erhöhen Sie das Tempo – für einen wirklichen Zukunftsplan. Jetzt ist die Zeit des Handelns und der schnellen Entscheidungen. Denn Herbst und Winter stehen vor der Tür. Und die Verzweiflung vor Ort ist groß.

Ich möchte an dieser Stelle meine Redezeit abgeben – an unseren Kollegen Horst Gies, der seit Tagen viel Verantwortung für das Ahrtal trägt. Er weiß, was dort gebraucht wird, was zählt und was die Menschen von der Politik, von der Landesregierung erwarten.